VON HENRY HABEGGER

undesanwalt Michael Lauber blieb nur die Notbremse. Das für März geplante Mittagessen mit Lobbyist und Ex-Botschafter Thomas Borer sei «abgesagt worden», teilte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft (BA) am Freitag auf Anfrage mit.

Lauber hatte mit Borer «wiederum einen allgemeinen Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen» abhalten wollen. Er hatte den ehemaligen Schweizer Botschafter bereits 2013 einmal «im Rahmen eines Apéros getroffen zum Austausch über damals aktuelle Fragen zum System des Geldwäschereiabwehrdispositives der Schweiz», so die BA.

Grund für die jetzige Absage ist der Fall Kasachstan. Thomas Borer arbeitet im Mandat für das dortige Regime, das unzimperlich gegen einen reichen Kasachen vorgeht, der Millionen ausser Landes geschafft haben soll und in Genf lebt: Viktor Chrapunov. Dieser hat gegen Borer letzte Woche in Zürich Strafanzeige wegen Verleumdung und Spionage eingereicht (die «Schweiz am Sonntag» berichtete). Weil die Verfolgung von Spionagedelikten Aufgabe des Bundes ist, liegt die Anzeige gegen Borer mittlerweile auf dem Pult von Lauber. Die BA bestätigt: «Das Übernahmeersuchen der Staatsanwaltschaft Zürich ist bei uns eingetroffen. Zurzeit wird die Angelegenheit geprüft.» In «Bezug auf diese Strafangelegenheit» sei das Essen mit Borer abgesagt worden.

Zudem hat Lauber die eigene Aufsichtsbehörde eingeschaltet: Die AB-BA soll entscheiden, ob sie den Verdacht untersuchen will, Borer habe einen Informanten in der BA. Laubers eigene interne Abklärungen ergaben keinen Hinweis darauf. Weder die AB-BA noch ihr Präsident, Bundesrichter Niklaus Oberholzer, reagierten auf mehrfache Anfragen, ob die Behörde aktiv geworden sei.

DIE SACHE KOMMT Lauber ungelegen. Für die Sommersession steht seine Wiederwahl als Bundesanwalt durch die Bundesversammlung an. Die Gerichtskommission (GK) wird vorgängig eine Anhörung durchführen und einen Wahlvorschlag unterbreiten.

GK-Mitglieder halten Lauber bisher die Stange. Aber sie mahnen. Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH) sagt: «Mit wem er sich in welchem Rahmen trifft, muss der Bundesanwalt selbstverständlich auch unter dem Aspekt des unter Umständen entstehenden Anscheins entscheiden.» Beat Flach (GLP, AG) sagt: «Schon der Anschein der Befangenheit oder Parteinahme kann ein Problem der Glaubwürdigkeit ergeben, was sich auf die Rechtsdurchsetzung negativ auswirken kann.» Und Daniel Vischer (Grüne, ZH): «Bei anstehenden Wahlen werden

Kasachstan-Affäre: Lauber unter Druck

Im Sommer will er als Bundesanwalt wiedergewählt werden



kommen, wie das immer der Fall ist.»

Borer ist immer wieder auf Feldern tätig, auf denen auch die BA aktiv ist. So arbeitete eine von ihm präsidierte deutsche PR-Firma für die angeschuldigten tschechischen Kohlemanager im Fall MUS, gegen die die Bundesanwaltschaft jahrelang ermittelte. Sie sollen mehrere hundert Millionen abgezweigt haben. Ende 2013 fällte das Bundesstrafgericht Schuldsprüche. Lauber begrüsste diese ausdrücklich. Die BA «kann» auf Anfrage «keine Angaben» machen, ob ihr Borers MUS-Interessenlage bekannt war. Borer selbst hält auf Anfrage fest: «Ich hatte nie Kontakt betreffend MUS mit der BA.» Das Mandat sei ohnehin von München aus betreut worden. Handkehrum findet sich in der welschen Zeitung «Agéfi» ein Kommentar, in dem Borer das Vorgehen der Schweiz geisselt.

alle möglichen Einwände zur Sprache EX-FERNSEHMANN ANDRÉ MARTY WIRD LAUBER-SPRECHER

Bundesanwalt Michael Lauber rüstet kommunikativ auf. Er hat mit dem ehemaligen Fernseh-Mann **André Marty** einen neuen Informationschef angestellt. Marty (49) nimmt seine Arbeit bereits am 1. März auf, wie die Bundesanwaltschaft auf Anfrage bestätigt. Marty sei zur «Führung und Verstärkung der Teams der internen und der externen Kommunikation» angestellt worden. Und zwar nicht auf dem Berufungsweg, sondern «in einem ordentlichen Bewer-



bungsverfahren», wie die Bundesanwaltschaft er-

klärt. Marty, der über einen Master in Friedens- und Konfliktforschung der Universität Basel verfüge, wurde bekannt als Italien- und Nahostkorres-

pondent des Schweizer

Fernsehens, Seit drei Jahren arbeitet er im Aussenministerium, zuletzt als Leiter der Fachstelle interne Kommunikation bei der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). «Die Ernennung des Informationschefs unterstreicht das Bestreben der BA, im Rahmen der strafrechtlich gesetzten Möglichkeiten transparent und zeitnah zu informieren», teilt die Bundesanwaltschaft mit. Und: «Der Informationschef ist direkt dem Bundesanwalt unterstellt.»

«Staatsfonds» für die KMU wird wieder aktuell

VON HENRY HABEGGER

Die Idee wurde 2012 lanciert. Ein «Swiss Fund als Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit». So skizzierten der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister und der Appenzeller FDP-Ständerat Hans Altherr in einem Beitrag in der NZZ zusammen mit Wissenschaftern das Projekt.

Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Nationalbank und den daraus resultierenden Problemen für die Wettbewerbsfähigkeit der KMU wird der «Swiss Fund» jetzt wieder aktuell. Das bestätigt Mitautor Gerhard Pfister gegenüber der «Schweiz am Sonntag». Er kündigt an: «Ich werde in der Frühjahrssession dazu einen Vorstoss einreichen.»

Vorgeschlagen wurde die Schaffung einer Art «Staatsfonds ohne Staat», der Schweizer KMU zu mehr Vernetzung und Schlagkraft im Ausland verhilft. Der Fonds würde «mit zweckgebundenem Kapital Beteiligungen an erfolgreichen Firmen im Ausland aufbauen, die jene technologischen und marktstrategischen Kompetenzen aufweisen, die Schweizer KMU zum nachhaltigen Wachstum brauchen und diese mit Schweizer KMU in konföderalen Netzwerken integrieren». Für die Beteiligungen würden strenge Kriterien gelten, die «den Bedürfnissen einer Vielzahl von wettbewerbsfähigen KMU» entsprechen müssten, so der 2010 skizzierte Plan.

DAS GELD KÄME von privater wie öffentlicher Seite. Der Fonds stünde neben privaten Kapitalgebern auch Institutionen wie der SNB offen. Mit welchem Kapital ein solcher Fonds ausgestattet würde, ist offen. Pfister geht davon aus, dass es zu Beginn eine Milliarde Franken sein

Exponenten wie der Berner Volkswirtschafsdirektor Andreas Rickenbacher sähen sogar gern einen Staatsfonds nach dem Vorbild von Norwegen oder China, der mit 100 oder mehr Milliarden dotiert wäre. Aber dies scheint - im Gegensatz zum «Swiss Fund» - kaum realisierbar, es würde die Nationalbank (SNB) zu sehr einschränken. «Im Gegensatz zu anderen Staatsfonds (z.B. Norwegen) sind die Währungsreserven der SNB nicht auf dauerhafte Erträge (z.B. Öleinnahmen) zurückzuführen», sagt Serge Gaillard, der Finanzdirektor des Bundes. Die SNB müsse ihre Währungsreserven unter Umständen auch wieder verkaufen können. Sie brauche also Anlagen, die genügend liquid seien.







Abgebildetes Modell: Outback 2.0D AWD Advantage, man., 5-türig, 150 PS, Energieeffizienz-Kategorie D, CO₂ 155 g/km, Verbrauch gesamt 5,9 I/100 km, Benzinäquivalent 6,6 I/100 km, Listenpreis: Fr. 37'150.—, abzüglich Eisbrecher-Prämie von Fr. 5'000.— = Fr. 33'050.— (Preis inkl. Metallic-Farbe), Fr. 32'150.— (Preis für Farbe Venetian Red Pearl). Solange Vorrat.